Rathauschau

Dienstag, 25. Januar 2011Ausgabe 016
muenchen.de/ru

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise Bürgerangelegenheiten Meldungen		2 3 4	
>	Einbeziehung der Sachsenstraße in das Parklizenzgebiet	4	
>	"Schyrenbad" Unfallkasse München unterstützt die Münchner Schulweghelfer	4	
>	Benefizkonzert für Waisenkinder und von AIDS betroffene		
	Familien in Kenia	5	
>	Sprechstunden und Beratungen des Seniorenbeirats	6	
>	Ethnologischer Salon mit Gästen der Villa Waldberta	6	
>	Winterdienstbilanz für Montag, 24. Januar	7	
Αı	Antworten auf Stadtratsanfragen		
>	Computer-Chaos an den Berufsschulen	8	
>	MOBINET-"Ringinfo"-Tafeln außer Funktion?	11	
Αı	Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat		

Terminhinweise

Wiederholung

Mittwoch, 26. Januar, 20 Uhr (Beginn 19.30 Uhr), Telekom-Center, Skylounge, 14. Stock, Dingolfinger Straße 7

Oberbürgermeister Christian Ude spricht zum Auftakt der Immobiliennacht anlässlich des 3. Focus Immobilienforums München, das am 26. Januar unter dem Motto "Wenn nicht jetzt, wann dann? Visionen jenseits der globalen Wolkenkratzer-Manie" in München stattfindet.

Donnerstag, 27. Januar, 12.30 Uhr, Regionalbüro von Big Brothers Big Sisters Deutschland, Implerstraße 55

Stadtschulrat Rainer Schweppe spricht zur Eröffnung des Regionalbüros München von Big Brothers Big Sisters Deutschland gGmbH. Die gemeinnützige Organisation vermittelt ehrenamtliche Mentorinnen und Mentoren für Kinder und Jugendliche in schwierigen Lebenssituationen. Oberbürgermeister Christian Ude hat die Schirmherrschaft für das Mentoring-Programm in München übernommen. Weitere Informationen im Internet unter www.muenchen.bbbsd.org

Donnerstag, 27. Januar, 13 Uhr, Städtische Carl-von-Linde-Realschule, Ridlerstraße 26

Aus dem Förderprojekt "Schülerunternehmen – Essen, was uns schmeckt" des Bayerischen Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten konnten inzwischen bayernweit 200 Schülerunternehmen finanziell unterstützt werden. Aus diesem Anlass besucht der Bayerische Staatsminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Helmut Brunner, ein besonders erfolgreiches Beispiel eines Schülerunternehmens: das "Café Linde" der Städtischen Carl-von-Linde-Realschule. Die Leiterin der Fachabteilung Realschulen im Referat für Bildung und Sport, Marion Seyferth, spricht in Vertretung des Stadtschulrats zur Begrüßung. Staatsminister Brunner informiert über das Förderprojekt. Im Anschluss stellt ein Schülerteam das Projekt "Café Linde" vor.

Donnerstag, 27. Januar, 17 Uhr, Schreiner Group GmbH & Co. KG, Bruckmannring 22 in Oberschleißheim

Bürgermeister Hep Monatzeder, Peter Driessen, Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer (IHK) für München und Oberbayern, und Professor Dr. Wolfgang Mauch, Forschungsgesellschaft für Energiewirtschaft mbH (FfE GmbH), stellen das "Energieeffizienz-Netzwerk Mün-

chen-Oberbayern" vor. Hauptziel dieses, von der FfE GmbH initiierten Netzwerkes ist es, in insgesamt 14 teilnehmenden Unternehmen wirtschaftliche Energieeinsparpotentiale aufzudecken und umzusetzen. Projektpartner sind die IHK für München und Oberbayern und die Arqum GmbH. Nach einer so genannten Initialberatungsphase im Oktober 2010 haben sich die teilnehmenden Betriebe als Zielvereinbarung auf eine zehnprozentige CO₂-Reduktion und sieben-prozentige Energiereduktion bis Mitte 2013 geeinigt. Zusammen mit den Geschäftsführern und Standortleitern der teilnehmenden Firmen wird die freiwillige Zielvereinbarung im Rahmen der Veranstaltung unterzeichnet.

Der Termin ist auch für Fotografen geeignet.

Freitag, 28. Januar, 10 Uhr, Waldfriedhofstraße 18

Stadtrat Otto Seidl (CSU) gratuliert dem Münchner Ehepaar Gisela und Johann Schauer im Namen der Stadt zur Eisernen Hochzeit.

Freitag, 28. Januar, 10 Uhr, Waldgartenstraße 49 a

Stadtrat Johann Stadler (CSU) gratuliert der Münchner Bürgerin Kreszenzia Grünwald im Namen der Stadt zum 100. Geburtstag.

Bürgerangelegenheiten

Dienstag, 1. Februar, 18 bis 19 Uhr, Bürgerbüro, Schellingstraße 28 a (barrierefrei)

Bürgersprechstunde des Bezirksausschusses 3 (Maxvorstadt).

Dienstag, 1. Februar, 18 Uhr,

Kulturhaus Ramersdorf-Perlach, Hanns-Seidel-Platz 1 (barrierefrei)

Bürgersprechstunde des Bezirksausschusses 16 (Ramersdorf - Perlach) mit der Vorsitzenden Marina Achhammer.

Dienstag, 1. Februar, 19 Uhr,

Kulturhaus Ramersdorf-Perlach, Hanns-Seidel-Platz 1 (barrierefrei)

Sitzung des Bezirksausschusses 16 (Ramersdorf - Perlach).

Dienstag, 1. Februar, 19 Uhr, Stadtteilzentrum Fürstenried Ost, Bürgersaal, Züricher Straße 35 (barrierefrei)

Sitzung des Bezirksausschusses 19 (Thalkirchen - Obersendling - Forstenried - Fürstenried - Solln).



Dienstag, 1. Februar, 19 Uhr, Bürgerzentrum Rathaus Pasing, Großer Sitzungssaal, Landsberger Straße 486 (barrierefrei – nach Voranmeldung)

Sitzung des Bezirksausschusses 21 (Pasing - Obermenzing). Zu Beginn der Sitzung findet eine **Bürgersprechstunde** mit dem Vorsitzenden Christian Müller statt.

Dienstag, 1. Februar, 19.30 Uhr, Alten- und Servicezentrum Laim, Kiem-Pauli-Weg 22 (barrierefrei) Sitzung des Bezirksausschusses 25 (Laim). Zu Beginn der Sitzung findet eine *Bürgersprechstunde* mit dem Vorsitzenden Josef Mögele statt.

Meldungen

Einbeziehung der Sachsenstraße in das Parklizenzgebiet "Schyrenbad"

(25.1.2011) Seit Mitte Januar hat das Kreisverwaltungsreferat auf einstimmigen Wunsch des örtlichen Bezirksausschusses 18 auch die Sachsenstraße den Regelungen der Parklizenzierung unterworfen. Besucherinnen und Besucher dürfen dort mit ausgelegter Parkscheibe im bewirtschafteten Zeitraum zwischen werktags 9 und 18 Uhr nunmehr nur noch maximal vier Stunden parken. Für Inhaberinnen und Inhaber eines entsprechenden Parkausweises ist das Abstellen ihrer Fahrzeuge jedoch auch weiterhin ohne zeitliche Begrenzung erlaubt. Jeweils abends sowie an Sonn- und Feiertagen ist das Parken ohne Einschränkungen jedermann gestattet. Mit der Einbeziehung der Sachsenstraße ins Parkraummanagement erhöht sich das Stellplatzangebot für Bewohnerinnen und Bewohner um zirka 180 Straßenrandparkplätze. Die Kontrollen des ruhenden Verkehrs übernehmen routinemäßig die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der städtischen Verkehrsüberwachung.

Unfallkasse München unterstützt die Münchner Schulweghelfer

(25.1.2011) Die gelbe Warnkleidung der Schulweghelferinnen und Schulweghelfer gehört an Schultagen morgens und mittags zum Straßenbild von München und signalisiert den Autofahrern: Achtung Schulkinder. Fast 600 Frauen und Männer stehen ehrenamtlich bei jedem Wetter an gefährlichen Kreuzungen und Straßenübergängen und winken die Kinder sicher über die Straße. Um die Arbeit der ehrenamtlichen Helfer sicherer zu machen, leistet die Unfallkasse München seit Jahren einen Zuschuss für die

Beschaffung der leuchtend gelben, hochwertigen Warn- und Wetterschutzkleidung. Dieser Zuschuss wird für das Jahr 2011 wie bereits in 2010 wiederum 25.000 Euro betragen.

Den Schulweghelferinnen und -helfern ist es ganz wesentlich zu verdanken, dass Münchner Kinder auf dem Schulweg sehr selten Verkehrsunfälle erleiden und dass sich an den von ihnen gesicherten Übergängen seit Jahrzehnten kein tödlicher Schulwegunfall mehr ereignet hat.

Benefizkonzert für Waisenkinder und von AIDS betroffene Familien in Kenia

(25.1.2011) Studentinnen der Landeshauptstadt München helfen Waisenkindern und von AIDS betroffenen Familien in Kenia: Am Freitag, 28. Januar, 22 Uhr, findet in der Storchenburg, der Kulturgastronomie der Pasinger Fabrik (Kultur- und Bürgerzentrum der Landeshauptstadt München, August-Exter-Straße 1), ein Benefizkonzert mit "Hangover – Das Akustik-Cover-Projekt" statt. Bis 24 Uhr sorgt die Band mit neu arrangierten Versionen von Hits der letzten 20 Jahre aus dem Rock- und Pop-Bereich für Stimmung. Anschließend kann mit Musik und Getränken noch weiter gefeiert werden. Der Eintritt beträgt 4 Euro (Karten bei Einlass) und kommt zu 100 Prozent dem Baobab Family e.V. zugute. Die Storchenburg spendet zusätzlich von einem eigens für diesen Abend angebotenen "Benefizcocktail" einen Euro pro verkauften Drink. Weitere Spenden werden gerne entgegengenommen.

Der mit den Spenden unterstützte "Baobab Family e.V." hilft durch ehrenamtliches Engagement unter anderem Waisenkindern und von AIDS betroffenen Familien in Kenia und unterstützt diese durch Projekte wie zum Beispiel ein Waisenhaus in Mikindani, das Baobab Familydorf und HIV-Prävention. Die Organsiation setzt auf nachhaltige Hilfe zur Selbsthilfe. Das Konzert wird von sechs Studentinnen – Nadine Quaiser, Sabrina Scherm, Jacklina Kostic, Laura Hörl, Susanne Röthig und Andrea Kirmair – des Studienganges Public Management der Landeshauptstadt München und der Fachhochschule für angewandtes Management in Erding im Rahmen des Studienfachs "Virtual Action Learning" (Erding) veranstaltet. Ziel dieses Faches ist es, durch aktives Tun in selbst gewählten Teams mittels eines beliebig gewählten Projektes Veränderungen in Gang zu setzen und dadurch sich selbst zu verändern. Mit dem Erlös des Benefizkonzerts möchten die Studentinnen den Verein "Baobab Family" unterstützen und dadurch den Menschen in Kenia helfen.

Informationen über "Baobab" und das Benefizkonzert im Internet unter: www.baobab-family-project.org oder www.storchenburg.de. Nähere Auskünfte zum Projekt erteilt Andrea Kirmair unter der Telefonnummer 2 33-2 81 94 oder 01 78/1 98 84 67.

Sprechstunden und Beratungen des Seniorenbeirats

(25.1.2011) Der Seniorenbeirat der Landeshauptstadt München, Burgstraße 4, hält jeweils am Dienstag und Donnerstag von 9.30 bis 12 Uhr seine Sprechstunden ab. Jeden zweiten und vierten Montag im Monat werden außerdem von 9.30 bis 12 Uhr Rentenberatungen durchgeführt. Jeden dritten Montag im Monat findet ab 16.30 Uhr nach vorheriger telefonischer Anmeldung unter der Nummer 16 25 98 eine zusätzliche Rentenberatung statt.

Jeden ersten Dienstag im Monat findet nach vorheriger telefonischer Anmeldung unter der Nummer 2 33-2 11 66 eine Rechtsberatung statt. Die beratenden Seniorenbeirats-Mitglieder im Februar sind:

- Dienstag, 1. Februar, Anwaltserstberatung
- Donnerstag, 3. Februar, Hildegard Egerer
- Montag, 7. Februar, Günther Mack (Rentenberatung)
- Dienstag, 8. Februar, Herbert Kracker
- Donnerstag, 10. Februar, Edeltraud Blattner
- Dienstag, 15. Februar, Marion Beyerle
- Donnerstag, 17. Februar, Edith Dendl
- Montag, 21. Februar, Günther Mack (Rentenberatung)
- Dienstag, 22. Februar, Waldtraud Hörnchen
- Donnerstag, 24. Februar, Ingrid Pfaue

Ethnologischer Salon mit Gästen der Villa Waldberta

(25.1.2011) In der Reihe "Der Ethnologische Salon" findet am Freitag, 28. Januar, um 19 Uhr im Foyer des Museums für Völkerkunde, Maximilianstraße 42, die Veranstaltung "Gerhard Kubik: African Blues – Forschungen zur Musikethnologie und Ethnopsychoanalyse in Afrika" mit folgendem Programm statt:

- "Rückblick auf ein halbes Jahrhundert Feldforschung in Afrika" Ethnologische Ansichten und Einsichten von und mit Gerhard Kubik
- "Gerhard Kubik im Feld" Ausschnitte aus Filmen zu seinen Forschungen in Ostangola und anderswo
- "Street Jazz aus Malawi Live" mit Gerhard Kubik, Moya Malamusi, Sinosi Mlendo und Christopher Gerald
- Offenes Forum

Moderation: Karin Sommer und Stefan Eisenhofer

Professor Gerhard Kubik ist ein Phänomen, sein enzyklopädisches Wissen und seine langjährige Erfahrung als Feldforscher machen ihn bis heute zum begehrten und beliebten Hochschullehrer an den Universitäten von Wien und Klagenfurt. Sein "Aha-Erlebnis" hatte Kubik 1965, als er über die Initiation von Jungen in Südostangola recherchierte und nicht nur deren Sprache erlernte, sondern selbst die Initiationsriten durchlief. Gerhard Kubiks Ethnologie begann 1959 mit einer einjährigen Feldforschungs-Reise nach Afrika per Anhalter. Sein akademisches Vorbild waren Franz Boas und dessen Schülerinnen und Schüler aus der ersten Generation wie Ruth Benedict, Margaret Mead und vor allem Melville Herskovits. Außerdem wurde er stark beeinflusst von der Psychoanalyse Sigmund Freuds und der analytischen Psychologie von C.G. Jung. Immer wieder hat Kubik sich aber auch mit Kulturkontakten als Phänomen und Prozessen der Enkulturation in verschiedenen afrikanischen Kulturen beschäftigt. Dabei interessierte ihn besonders die mündliche Literatur – eine reichhaltige Sammlung von Märchen aus Malawi und Sambia zeugen davon.

Gerhard Kubik ist zur Zeit gemeinsam mit den drei malawischen Musikern Dr. Moya Malamusi, Sinosi Mlendo und Christopher Gerald auf Einladung des Stadtmuseums/Sammlung Musik zu Gast in der Villa Waldberta, dem internationalen Künstlerhaus der Landeshauptstadt München in Feldafing. Die vier machen seit 2001 zusammen Kwela-Musik, eine jazzorientierte Musikrichtung mit dem fröhlichen Marabi-Rhythmus, von der es am Schluß der Veranstaltung eine Kostprobe geben wird. Ein Abend über die Neugierde als Lebenselixier und das Überwinden kultureller Grenzen. Der Eintritt kostet 5 Euro (ermäßigt 3 Euro) – Freier Eintritt für Mitglieder des Freundeskreises "Ethnologischer Salon". Für Speisen und Getränke sorgt wie gewohnt *max2*, das Café im Völkerkundemuseum.

Winterdienstbilanz für Montag, 24. Januar

(25.1.2011) Hier die aktuellen Winterdienst-Zahlen:

Montag, 24. Januar:

Einsatzzahlen:

Personal: 729 Fahrzeuge: 528

Streuguteinsatz:

Salz: 722,1 t Splitt 618,3 t

Kosten des Einsatztages: 498.373,03 Euro

Bisherige Bereitschaftstage: 15

Bisherige Einsatztage: 70

Bisher aufgelaufene Kosten im Winter 2010/2011: 15.462.256,06 Euro



Antworten auf Stadtratsanfragen

Dienstag, 25. Januar 2011

Computer-Chaos an den Berufsschulen

Anfrage Stadträte Dr. Georg Kronawitter und Josef Schmid (CSU) vom 29.11.2010

Antwort Stadtschulrat Rainer Schweppe:

Auf Ihre Anfrage vom 29.11.2010 nehme ich Bezug. In Ihrer Anfrage haben Sie folgenden Sachverhalt vorausgeschickt: "Vergangene Woche wurde in der Presse berichtet, dass an den städtischen Berufsschulen ein Computer-Chaos herrscht, weil die neue Software nicht funktioniert. Begründet werden die Probleme mit der Umstellung des sog. Pädagogischen Netzes der Stadt auf ein neues Linux-System. Seit dieser Umstellung stürzt das System permanent ab. Dieser Zustand behindert den Unterricht außerordentlich und ist deshalb untragbar."

Vorab bedanke ich mich für die gewährte Terminverlängerung.

In der Tat gibt es derzeit an großen Standorten der beruflichen Schulen Probleme bei der Einführung einer neuen Lösung für das Unterrichtsnetz. Die konkreten Fehlerbilder sind jedoch an den einzelnen Standorten sehr unterschiedlich und lassen sich insbesondere nicht darauf zurückführen, dass auf den eingesetzten Servern nun Linux statt Novell Netware zum Einsatz kommt.

Das jetzt an den beruflichen Schulen ausgerollte System basiert auf einer Lösung, die von der Landeshauptstadt München in Zusammenarbeit mit T-Systems entwickelt wurde und an den allgemeinbildenden Schulen seit Jahren im Einsatz ist. Die neue Version läuft an ebenfalls umgestellten kleineren Berufsschulstandorten sowie an allgemeinbildenden Schulen stabil.

Zu den im Einzelnen gestellten Fragen kann ich Ihnen Folgendes mitteilen:

Frage 1:

Wie ist es möglich, dass ältere Rechner mit einer älteren Novell-basierten Software den hohen Anforderungen der Nutzer entsprechen konnten, während neuere Rechner mit einem neueren System völlig versagen und permanent abstürzen?

Antwort:

Für das Novell-basierte System gibt es vom Hersteller keine Wartung und Unterstützung mehr. Aus Ressourcengründen ist es zudem nicht sinnvoll, dauerhaft zwei unterschiedliche Systemlösungen mit städtischem Personal zu pflegen und weiterzuentwickeln. Deshalb wurde die bestehende Lösung der allgemeinbildenden Schulen für die komplexeren Anforderungen der beruflichen Schulen weiterentwickelt. Dabei werden jedoch die Rechner nur ausgetauscht, wenn sie nach den regulären Ersatzbeschaffungszyklen bereits abgeschrieben sind.

Von einem völligen Versagen und permanenten Abstürzen kann man nicht pauschal sprechen. Vielmehr bestehen an den verschiedenen betroffenen Standorten unterschiedliche Fehlerbilder, die aktuell systematisch analysiert und gelöst werden.

Bei den Problemen spielt auch die Vielzahl an branchenspezifischen Fachanwendungen eine Rolle, die insbesondere von den beruflichen Schulen parallel auf den Rechnern betrieben werden. Da die Methode der Softwareverteilung geändert wurde, kommt es hier noch zu Anlaufschwierigkeiten.

Frage 2:

Welche Strategie zur Behebung der Probleme gibt es und bis wann ist mit einer Lösung zu rechnen?

Antwort:

Sowohl auf Seiten der Landeshauptstadt München als auch auf Seiten der Firma T-Systems als Hersteller des Systems kümmern sich Spezialisten mit höchster Priorität um die Dokumentation, Analyse und Behebung der auftretenden Fehler. So wurden bereits Fehler in einzelnen Anwendungen behoben, die pädagogische Oberfläche umgebaut und diverse Serverdienste in die laufende Überwachung aufgenommen. Zudem wurde die Umstellung der beruflichen Schulen gestoppt, bis die Fehler gelöst sind. An den Standorten sind auch Mitarbeiter vor Ort, um die Fehler in Echtzeit qualifizieren zu können und ggf. Abhilfe durch Sofortmaßnahmen zu schaffen.

Wegen der Komplexität der Lösung und der Infrastruktur gestaltet sich die Fehlerbehebung sehr aufwändig, weshalb ein konkreter Termin aktuell nicht genannt werden kann. An allen betroffenen Schulen ist jedoch zumindest ein eingeschränkter Einsatz der IT im Unterricht möglich. An den be-

troffenen Standorten finden regelmäßige Gesprächsrunden mit den Schulleitungen statt.

Das Referat für Bildung und Sport hat die Probleme zudem bei T-Systems auf Managementebene eskaliert, was zur Zuschaltung weiterer personeller Ressourcen und strukturellen Veränderungen in der Organisation geführt hat.

Frage 3:

Warum konnte bisher keine Lösung erreicht werden? Gibt es zu viele Schnittstellen?

Antwort:

Dass noch keine vollständige Lösung erreicht wurde, liegt vor allem an der Komplexität der Anforderungen und der zugrundeliegenden Infrastruktur. Sofern weitere städtische Dienststellen beteiligt sind (z.B. Baureferat), erfolgt eine zeitnahe und enge Abstimmung. Oftmals ist es weniger eine Frage der Schnittstellen als der zur Verfügung stehenden Personalressourcen.

MOBINET-"Ringinfo"-TafeIn außer Funktion?

Anfrage Stadtrat Dr. Georg Kronawitter (CSU) vom 22.6.2010

Antwort Kreisverwaltungsreferent Dr. Wilfried Blume-Beyerle:

In Ihrer Anfrage vom 22.06.2010 führten Sie als Begründung aus:

"2003 wurden die beiden Ringinfo-Anzeigetafeln an den innerstädtischen Abschnitten der Garmischer und der Lindauer Autobahn (A95 und A96) im Rahmen eines Mobinet-Projekts, zu dem auch noch eine Netzinfo-Tafel auf der A94 vor dem Autobahnkreuz München-Ost gehört, in Betrieb genommen.

Gemeinsam ist diesen Tafeln, dass sie die auf den jeweiligen Autobahnen (A94, A95, A96) in Richtung München ankommenden Fahrer über Stausituationen auf einzelnen Ringabschnitte informieren und so deren weitere Routenwahl beeinflussen können. Die Information liefern 21 Detektoren auf dem Mittleren Ring und 8 Detektoren im Petueltunnel.

Seit Monaten ist zumindest die Ringinfo-Tafel an der A96 außer Betrieb. Das ist aus Nutzer-Sicht insofern bedauerlich, dass gerade im Zuge der Tunnel-Baustelle eine Stau-Info besonders interessant wäre."

Eine fristgerechte Erledigung Ihrer Anfrage war leider nicht möglich, da eine Abstimmung mit weiteren Dienststellen erst in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres möglich war. Gleichzeitig bitte ich das Versäumnis eines Terminverlängerungsersuchs zu entschuldigen.

Ihre Fragen darf ich in Abstimmung mit dem Baureferat und der Autobahndirektion Südbayern im Folgenden wie folgt beantworten:

Frage 1:

Sind die beiden Ring-Info-Tafeln für längere Zeit außer Betrieb und welche Gründe gibt es dafür?

Antwort:

Grund hierfür ist die Tunnelbaustelle des Tunnels Mittlerer Ring Südwest ("Luise-Kiesselbach-Tunnel"). Im unmittelbaren Umfeld der beiden Tafeln stehen für die Dauer der Baustelle keine Detektordaten zur Verfügung. Da die Qualität der Anzeige ohne kalibrierte Detektordaten nicht gewährlei-

stet werden kann und die Wahrscheinlichkeit fehlerhafter Anzeigen zu hoch wäre, wurden die Ringinfotafeln "außer Betrieb" genommen.

Im Rahmen der Tunnelmaßnahmen Mittlerer Ring Südwest wird ein neues Verkehrsinformationssystem errichtet. Portalschilder mit frei programmierbaren Informationszeilen werden den Verkehrsteilnehmer über die Verkehrslage im Tunnel und die daran anschließenden Straßenabschnitte aktuell informieren. Zusätzlich wird im Vorfeld des Tunnels mit Hilfe von dynamischen Wegweisern ein Störfallkonzept realisiert, welches bei Störungen im Tunnelbereich den Verkehr weiträumig umleitet. Diese Umleitung erfolgt bereits vor den derzeitigen Querschnitten der Ringinfo-Tafeln. Das Kreisverwaltungsreferat plant deshalb in Abstimmung mit dem Baureferat, vorbehaltlich der Zustimmung der Obersten Baubehörde und der Autobahndirektion Südbayern, die Ringinfo-Tafeln durch das oben genannte Verkehrsinformationssystem zu ersetzen und abzubauen.

Frage 2:

Sofern die Tunnelbaustelle ein Grund für die Abschaltung sein sollte: warum wird dann nicht wenigstens die Stauinfo des restlichen Rings und damit von ca. 95% der dargestellten Strecke gebracht?

Antwort:

Die genannte Anzahl der Detektoren ist der ursprüngliche Stand bei Inbetriebnahme der Tafeln. Derzeit können aus technischen Gründen jedoch weder die Detektordaten des Petueltunnels noch vom Mittleren Ring Ost (Richard-Strauss-Tunnel) genutzt werden. Aus diesem Grund werden auch die anderen Segmente auf der Ringinfotafel nicht dargestellt, weshalb die Tafeln komplett ausgeschaltet wurden.

Außerdem stellt die Anzeige für den Verkehrsteilnehmer nur dann eine Entscheidungshilfe dar, wenn die gestörten Bereiche unmittelbar nach der Hinweistafel folgen. Findet der Verkehrsteilnehmer einen anderen Verkehrszustand bereits kurz nach der Anzeigetafel vor, ist die Glaubwürdigkeit in die Anzeige schnell nicht mehr gegeben. Ist die Störstelle von der Entscheidungsstelle (Standort der Tafel) zu weit entfernt, ist die Relevanz der Anzeige für eine Entscheidung nicht mehr gegeben. Bis der Verkehrsteilnehmer die entfernteren Abschnitte erreicht, können in der Zwischenzeit Störungen entstanden sein oder sich bereits abgebaut haben.

Frage 3:

Gibt es nach 6 Jahren Betrieb der beiden Ringinfotafeln und der Netzinfotafel gesicherte Erkenntnisse, was diese Einrichtungen gebracht haben?

Antwort:

Die Ringinfotafeln informierten über die aktuelle Verkehrslage auf dem Mittleren Ring. Durch die farbliche (frei (schwarz) – stockend (schwarz-rot) – Stau (rot)) Darstellung des Verkehrszustands auf dem Mittleren Ring wurde dem Verkehrsteilnehmer gezeigt, wie er blockierte Streckenabschnitte meiden konnte. Das Ergebnis aus dem Projekt MOBINET zeigte, dass sich die durchschnittliche Fahrzeit auf dem Ring mit den Info-Tafeln um bis zu 22 Prozent reduzieren ließ. Richteten sich mindestens 10 Prozent der motorisierten Verkehrsteilnehmer nach den Hinweisen auf der Ringinfotafel, konnte bereits eine messbare Reduzierung der Gesamtfahrzeit erreicht werden. Letztlich konnten mit der Ringinfotafel keine morgendlichen Engpässe verhindert, jedoch Verkehrsspitzen messbar nivelliert werden. Zudem konnten Verkehrsteilnehmer besser abschätzen, auf welcher Route sie schneller ans Ziel kommen.

(Quelle: Abschlussbericht MOBINET)

Da die Netzinfo-Tafel an der A94 nicht im Zuständigkeitsbereich der LHM liegt, wurde eine Antwort von der zuständigen Autobahndirektion Südbayern erbeten. Laut deren Auskunft wird die Netzinfotafel von den Verkehrsteilnehmern genutzt, was sich in Beschwerdemeldungen zeigt, die bei der Autobahndirektion eingehen, sobald die Tafel außer Betrieb gesetzt wird.

Frage 4:

Gibt es mittlerweile – z.B. aus dem ARRIVE-Projekt – praxistaugliche Methoden, lokale Stausituationen über bildgebende Verfahren – also durch Kameraerfassung und Bildauswertung – verlässlich zu detektieren und diese Infos in die Anzeige der Ringinfo-Tafeln einzuspeisen?

Antwort:

Das Baureferat wurde mit Beschluss vom 30.06.2010 (Verkehrs- und Mobilitätsmanagementplan) beauftragt, federführend und in enger Zusammenarbeit mit den beteiligten Referaten für die Umsetzung des Messstellenkonzepts und einer zukünftigen Datenaustauschplattform die Projektgenehmigung für den Bauausschuss vorzubereiten.

Dieses Detektionskonzept wurde mit dem Ziel entwickelt, qualitativ hochwertige und in ausreichendem Umfang zur Verfügung stehende Verkehrsdaten bereit zu stellen. Die Verkehrsdatenerfassung, Verkehrslagedarstellung und die Einbindung alternativer Datenquellen (z.B. Floating-Car-Data, Verkehrsmelder) sind hierbei die drei wesentlichen Handlungsfelder.

Im Rahmen von *arrive* wurde empfohlen, die Einführung eines derartigen Systems und die dafür notwendige qualitätsgesicherte Datenerfassung mit Nachdruck voranzutreiben. Ziel ist es, mit der geplanten Inbetriebnahme der Verkehrszentrale in der Schragenhofstraße 2011 die entsprechenden Module zur Verkehrsdatenerfassung und Verkehrslagedarstellung in die dortigen Systeme implementieren zu können.

Bis zum Jahr 2015 wird die Entwicklung der Navigationssysteme und deren on-trip Versorgung mit Verkehrslagedaten und Reisezeiten erheblich fortgeschritten sein und weiter fortschreiten. Deshalb sind Investitionen in variable Verkehrsleitsysteme aktuellen Standards schon heute stark zu hinterfragen. Man denkt hier inzwischen vermehrt an eine statische wegweisende Grundbeschilderung, ergänzt durch eine "virtuelle Beschilderung", die dort angezeigt und berücksichtigt wird, von wo schon heute immer mehr Fahrzeuglenker ihren Fahrtweg bestimmen lassen – im Navigationssystem.

Einen weiteren Aspekt stellen die zukünftigen Verkehrsinformationssysteme dar, die mit der Eröffnung des Tunnels Mittlerer Ring Südwest im Hauptwirkungsbereich der Ringinfo-Tafeln eingesetzt werden. Das Portalschild mit der frei programmierbaren Informationszeile wird den Verkehrsteilnehmer über die Verkehrslage im Tunnel und den daran anschließenden Straßenabschnitt aktuell informieren. Zusätzlich wird im Vorfeld des Tunnels mit Hilfe dynamischer Wegweiser ein Störfallkonzept realisiert, welches bei Störungen im Tunnelbereich den Verkehr weiträumig umleitet. Diese Umleitung erfolgt bereits vor den derzeitigen Querschnitten der Ringinfo-Tafeln, weshalb eine Fortführung der Ringinfo-Tafeln aus Sicht der Verkehrssteuerung als nicht sinnvoll gesehen wird. Aus diesen Gründen befürwortete das Kreisverwaltungsreferat den Wartungsvertrag nicht zu verlängern und die Ringinfo-Tafeln zu entfernen.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Inhaltsverzeichnis

Dienstag, 25. Januar 2011

Darstellung der geplanten Neuorganisation der Berufsfeuerwehr

Antrag Stadtrats-Mitglieder Christian Amlong, Dr. Josef Assal, Oliver Belik und Barbara Scheuble-Schaefer (SPD)

Neuer Konzertsaal für München

Anfrage Stadtrats-Mitglieder Dr. Ingrid Anker, Haimo Liebich und Alexander Reissl (SPD)

Zweifelhafte Umorganisation der Münchner Branddirektion

Antrag Stadträte Robert Brannekämper und Josef Schmid (CSU)

Mangelnde Einbindung des Stadtrats bei der Lenkung der Jobcenter?

Antrag Stadtrat Marian Offman (CSU)

MOGDY konkret – Daten des Münchner ÖVs für Bürger öffnen

Antrag Stadträte Dr. Georg Kronawitter und Tobias Weiß (CSU)

Verkehrsberuhigung in der Rosenheimer Straße zügig umsetzen!

Antrag Stadtrats-Mitglieder Paul Bickelbacher, Lydia Dietrich und Sabine Nallinger (Bündnis 90/Die Grünen)

Keine Beteiligung der Stadt an der Siemens "Snow City"

Dringlichkeitsantrag Stadtrat Tobias Ruff (ÖDP)

Entscheidungskriterien in Bezug auf § 60 Abs. 9 GeschO hinsichtlich der Antragsstellung im Zuständigkeitsbereich des Stadtrates

Anfrage Stadtrat Johann Altmann (Freie Wähler)





MünchenSPD Stadtratsfraktion - Rathaus - 80313 München

Herrn Oberbürgermeister Christian Ude Rathaus

Dr. Josef Assal Stadtrat Barbara Scheuble-Schaefer Stadträtin Oliver Belik Stadtrat Christian Amlong Stadtrat

München, 25. Januar 2011

Darstellung der geplanten Neuorganisation der Berufsfeuerwehr

Antrag

Das Kreisverwaltungsreferat wird gebeten, dem Stadtrat baldmöglichst über die geplante strukturelle und auch personelle Neuorganisation der Berufsfeuerwehr zu berichten.

Begründung:

Im Rahmen einer Personalangelegenheit wurde die SPD-Fraktion darauf aufmerksam, dass bei der Berufsfeuerwehr offenbar eine Neuorganisation geplant ist mit viel weitreichenderen Folgen als bislang bekannt.

Dr. Josef Assal Stadtrat Barbara Scheuble-Schaefer Stadträtin

Oliver Belik Stadtrat Christian Amlong Stadtrat



Postanschrift: Rathaus, 80313 München Besuchsanschrift: Rathaus, 80331 München Tel.: 089-23392627, Fax: 089-23324599







SPD-STADTRATSFRAKTION

MünchenSPD Stadtratsfraktion ... Rathaus ... 80313 München

Herrn Oberbürgermeister Christian Ude Rathaus Alexander Reissl Stadtrat

Dr. Ingrid Anker Stadträtin

Haimo Liebich Stadtrat

25. Januar 2011 AF_Konzertsaal_2011_01_25.odt

Neuer Konzertsaal für München

Anfrage:

Nach der äußerst ausführlichen und positiv gestimmten Presseberichterstattung, zum Beispiel in der Süddeutschen Zeitung am 22. Januar 2011 oder im Münchner Merkur am 24. Januar 2011, scheinen sich die Pläne für einen neuen Konzertsaal in München zu konkretisieren.

Daher fragen wir die Stadtverwaltung:

- 1. Ist der Freistaat Bayern bereits mit der zuständigen Planungs- und Genehmigungsbehörde, also dem Münchner Referat für Stadtplanung und Bauordnung wegen der möglichen Grundstücke für die Realisierung eines neuen Konzertsaales in Kontakt getreten?
- 2. Wenn ja: Wann und in welcher Form erfolgte dies?
- 3. Wenn ja: Welche Grundstücke wurden diesbezüglich abgefragt und wer sind die jeweiligen Eigentümer?
- 4. Sind der Stadtverwaltung bereits Vorstellungen oder Erkenntnisse zur Größe des Saales und zur Finanzierung eines solchen Vorhabens bekannt?

gez. gez. gez.

Alexander Reissl Dr. Ingrid Anker Haimo Liebich Stadtrat Stadträtin Stadtrat





Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

CSU-Stadtratsfraktion Rathaus, Marienplatz 8, Zimmer 249/II 80331 München

Tel.: 089 / 233 92650 Fax.: 089 / 29 13 765

Email: csu-fraktion@muenchen.de

www.wzim.de

ANTRAG 25.01.11

Zweifelhafte Umorganisation der Münchner Branddirektion

Der Stadtrat möge beschließen:

Dem zuständigen Fachausschuss wird die geplante Umorganisation der Münchner Branddirektion dargestellt und zur Beschlussfassung vorgelegt. Dabei sollen folgende Fragen geklärt werden.

- 1. Seit wann gibt es diese Überlegungen bei der Feuerwehr?
- 2. Wann wurde der Kreisverwaltungsreferent darüber informiert und gibt es dazu eine schriftliche Stellungnahme sowie ggf. Einwendungen?
- 3. Wurde der Referent des Personal- und Organisationsreferates persönlich mit der Thematik befasst? Gab es dazu eine schriftliche Beurteilung der neuen Organisationsstruktur?
- 4. Wann wurde der Gesamtpersonalrat informiert und liegt von ihm eine Stellungnahme vor?
- 5. Warum wurden die zuständigen Gremien wie z. B. Kreisverwaltungsausschuss oder Verwaltungs- und Personalausschuss bis heute nicht mit den Planungen zur Umorganisation der Hauptabteilung IV im KVR befasst?
- 6. Gibt es ein externes Gutachten einer renommierten Beratungsgesellschaft zur geplanten Umstrukturierung?
- 7. Im beiliegenden Organigramm gibt es eine Abteilung für Grundsatzfragen Steuerungsunterstützung, die sich wohl vorrangig um alle Grundsatzangelegenheiten der Branddirektion kümmern soll. Warum benötigt man dann in der neuen Struktur weitere Unterabteilungen "Grundsatzfragen" in den Abteilungen "Einsatzvorbeugung" und "Einsatzvorbereitung", wo es sich nahezu um ähnliche Fragestellungen handelt?
- 8. Ist es sachdienlich, die Sondereinheiten wie analytische Taskforce und Hilfeleistungskontingente im Bereich Grundsatzangelegenheiten der Abteilung Einsatzvorbereitung anzusiedeln?
- 9. Die Stellung des Oberbranddirektors ist aus dem Organigramm nicht ersichtlich. Wo ist diese in der Struktur vorgesehen?

- 10. Ist es sachdienlich, die Aufsicht über die freiwillige Feuerwehr und die Werkfeuerwehren sowie Gremienarbeit, persönliche Assistenz und Führungsdienste unter den Grundsatzangelegenheiten zu subsumieren, da dies doch dauerhaft zu erbringende Aufgaben sind?
- 11. Weshalb ist das Beschlusswesen für Stadtratsanfragen und -anträge bei der Entwicklungsplanung angesiedelt, obwohl es sich dabei um grundsätzliche Angelegenheiten handeln dürfte?
- 12. Ist der "Direktionsstab" in der Abteilung für Grundsatzfragen und Steuerungsunterstützung angesiedelt? Aus dem Organigramm ist hierzu nichts ersichtlich. Nach Aussagen von Personalvertretern soll der Stab zu Lasten von Stellen im Einsatzdienst von heute 7 auf 14 Stellen aufgebläht werden.
- 13. Wie sind Doppelzuständigkeiten für Personalverwendung und Personalentwicklung zu verstehen, die sowohl in den Bereichen Einsatzlenkung und Einsatzbetrieb vorgesehen sind? Wird damit dem Grundgedanken Verkürzung der Entscheidungswege und generelle Effizienzsteigerung Rechnung getragen?
- 14. Inwieweit ist die Neustruktur auf Basis einer fundierten Aufgabenanalyse und damit einer differenzierten Ableitung der Kernprozesse entwickelt worden? Diese sind im Ausschuss darzustellen und die zentralen Schnittstellen aufzuzeigen und die Entscheidung rational nachvollziehbar zu machen.
- 15. Inwieweit werden die von der Leitung der Branddirektion formulierten Ziele zur Vision 2020 mit der neuen Struktur besser erreicht als mit der vorhandenen?
- 16. Hält die Stadtspitze die bereits eingeleitete Umorganisation, trotz erkennbarer Mängel, für sinnvoll, ausreichend geprüft und in den zuständigen Gremien ausreichend diskutiert?

Begründung:

Mit der Umstrukturierung der Münchner Branddirektion wird eine seit über 40 Jahren weitgehend unveränderte und dadurch als bewährt anzusehende Organisationsstruktur ohne Not zerschlagen. Die neue Struktur erscheint sehr holzschnittartig und im Zuschnitt der Teilaufgaben nicht ausgereift, wie z. B. Doppelzuständigkeiten erkennen lassen.

Soweit bis dato bekannt, wurde die Umorganisation im 2. Quartal des Jahres 2009 begonnen und sollte im 2. Quartal 2012 abgeschlossen sein. Wie jetzt von Personalvertretern verlautet, ist als Abschlussdatum nunmehr das Jahr 2015 im Gespräch. D. h. das halbe Jahrzehnt wird für die Umsetzung, Stellen-Neueinwertung und Arbeitsplatzbeschreibung von unzähligen Mitarbeitern benötigt.

Dies führt zu Verunsicherung und ist einem guten Betriebsklima sowie einer hohen Motivation abträglich.

Daher sollte dieser Schritt gut überlegt und mit externen Gutachten abgesichert und begleitet werden.

Zudem sind alle zuständigen Gremien mit der Angelegenheit zu befassen, damit die "Vision 2020" kein Alptraum wird.

gez.
Josef Schmid, Stadtrat
Fraktionsvorsitzender

Initiative:

gez.

Robert Brannekämper, Stadtrat



MITGLIED DES STADTRATS DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

ANTRAG 25.01.11

Mangelnde Einbindung des Stadtrats bei der Lenkung der Jobcenter?

- Dem Stadtrat ist mindestens vierteljährlich von der Geschäftsführung der gemeinsamen Einrichtung ein Bericht über die Personalsituation in den Jobcentern, über die Entwicklung der Integration von Langzeitarbeitslosen in den ersten und zweiten Arbeitsmarkt und über die Einhaltung von Zielvorgaben vorzulegen.
- 2. Die konstituierende Sitzung des örtlichen Beirates ist zeitnah einzuberufen. Dieser Beirat sollte mindestens vierteljährlich tagen. Dem Stadtrat ist mitzuteilen, welcher Parteienproporz angesichts von vier Vertreter/ Vertreterinnen des Stadtrates vorgesehen ist.
- 3. Es ist darzustellen, ob die mangelnden Lenkungsmöglichkeiten des Stadtrates bei die Betreuung von Langzeitarbeitslosen auch unter fiskalischen Gesichtspunkten mit den Prinzipien der kommunalen Selbstverwaltung in Einklang zu bringen sind.

Begründung:

Nach den Bestimmungen der Vereinbarung zwischen der Bundesagentur für Arbeit und der Landeshauptstadt München über die Errichtung einer gemeinsamen Einrichtung gemäß § 44b SGB II (Jobcenter) ist der Stadtrat nur im örtlichen Beirat mit vier Vertreter/Vertreterinnen präsent. Diesem Beirat gehören 12 Gruppierungen an und er verfügt über ein Anhörungs-, Informations- und Vorschlagsrecht. Der Beirat berät das Jobcenter bei der Auswahl und Gestaltung der Eingliederungsinstrumente und - Maßnahmen. Eine Entscheidungsbefugnis steht ihm nicht zu. Diese ist der Trägerversammlung und der Geschäftsführung vorbehalten.

Ein nicht unbeträchtlicher Anteil der vom Jobcenter veranlassten Leistungen an die Anspruchsberechtigten nach dem SGB II fließt aus dem Sozialetat der Landeshauptstadt. In diesem Zusammenhang sind die zentrale Wohnungslosenhilfe, die Kosten für Unterkunft und Heizung, Schuldnerberatung, Bezirkssozialarbeit, Kinderbetreuung, Stiftungsanträge und soziale Betriebe zu nennen. Über die Finanzierung dieser Maßnahmen entscheidet allein der Stadtrat.

Am 10. Januar wurde anlässlich einer Pressekonferenz des Jobcenters die designierte Geschäftsführerin Martina Musati vorgestellt und Eckdaten zum Start der gemeinsamen Einrichtung veröffentlicht. Dabei ging es unter anderen um Budget - und Personalfragen. Ausführungen dazu konnte der Stadtrat nur noch der Presse entnehmen. Ob dieses und die mangelnde Einbindung der Stadtrat bei der Lenkung der Jobcenter mit den Prinzipien der kommunalen Selbstverwaltung in Einklang zu bringen ist, erscheint zumindest fraglich.

gez. Marian Offman Stadtrat



Dr. Georg Kronawitter

Tobias Weiß

MITGLIEDER DES STADTRATS DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn Oberbürgermeister Christian Ude Rathaus 80331 München

ANTRAG 25.01.11

MOGDY konkret – Daten des Münchner ÖVs für Bürger öffnen

Der Stadtrat möge beschließen:

Im Rahmen des MOGDY-Projekts /1/ der Stadt München wird dem Stadtrat dargestellt, wie Struktur- und Verbindungsdaten von MVV und SWM/MVG online frei und in programmverwertbarer Form zugänglich gemacht werden können, um digitale Mehrwerte im Sinne von MOGDY zu erzeugen. Dabei sind insbesondere zu berücksichtigen:

- Fahrplan-Soll-Daten,
- Fahrplan-Ist-Daten,
- Fahrplanauskunftsdaten für einzelne Verbindungen mit Luftlinien-Entfernungsangabe zwischen Ziel und Quelle.

Es bleibt der Stadt und den einschlägigen Tochter- und Beteiligungsunternehmen unbenommen, diese Liste zu erweitern.

Begründung:

Das MOGDY-Projekt ist aus Sicht des Stadtrats eine höchst lobenswerte Initiative, die geeignet ist, den Innovationsstandort München zu stärken und vor allem jüngere Generationen (U35) stärker und unverkrampft für Belange der Stadt zu interessieren. MOGDY verdient daher auch die Unterstützung des Stadtrats

Gerade der ÖV wäre ein gutes Anwendungsfeld.

Mit Hilfe der hier vorgeschlagenen ÖV-Daten lässt sich z.B. ein innerstädtischer Erreichbarkeitsatlas erstellen. Bekommt man z. B. in der EFA-Verbindungsauskunft (oder von einer anderen Quelle) zu den eigentlichen Verbindungsdaten und damit der Fahrtdauer auch noch die Luftlinienentfernung geliefert, lässt sich hier leicht die Luftliniengeschwindigkeit ermitteln - eine wichtige verkehrswissenschaftliche Kenngröße zur Beurteilung der Verbindungsqualität.

Da die Verbindungen durch Taktausdünnung nach 20h schlechter werden (deutlich erhöhte Wartezeiten beim Umsteigen von U-Bahn auf Bus), bekommt man mit diesem "app" auch aufgezeigt, wo deutliche Verschlechterungen in der Erreichbarkeit und damit Nachteile gegenüber dem MIV auftreten.

gez. Dr. Georg Kronawitter Stadtrat

gez. Tobias Weiß Stadtrat

Quellen

/1/ www.muenchen.de/mogdy

CSU-Fraktion,Rathaus, Marienplatz 8; 80331 München; Tel.: 233 92650; Fax: 29 13 765; email: csu-fraktion@muenchen.de; wzim.de



Herrn Oberbürgermeister Christian Ude Rathaus

Antrag

München, den 25.01.2011

Verkehrsberuhigung in der Rosenheimer Straße zügig umsetzen!

Die Stadtverwaltung wird aufgefordert, die gefährliche Verkehrssituation in der Rosenheimer Straße zu entschärfen und die Sicherheit für FußgängerInnen und RadfahrerInnen zu verbessern.

Insbesondere ist darauf zu achten, dass eine gefahrlose Überquerung der Straße, sowie eine Fahrradbefahrung entlang der Rosenheimer Straße gesichert ist.

Folgende Maßnahmen sind zur Umsetzung zu prüfen:

- Temporeduzierung insbesondere im Bereich ab Kreuzung Orleanstraße stadteinwärts
- 2. Weiterführung des Fahrradweges auf eigenem Fahrradweg oder Fahrradstreifen.
- 3. Eventuell bauliche Veränderungen zur Verkehrsberuhigung
- 4. Stringente Kontrollen der Einhaltung der Freihaltepflicht durch Autoverkehr für die Fußgängerüberquerung bei den Grünphasen

Begründung:

Die viel befahrene Rosenheimer Straße durchschneidet das Stadtviertel Haidhausen. Die Straße ist seit vielen Jahren eine große Gefahrenquelle für FußgängerInnen und RadfahrerInnen.

Im Rahmen der Stadtsanierung wurden neue Wohnflächen erbaut, Einrichtungen für ältere Menschen zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus befinden sich entlang der Rosenheimer Straße Einrichtungen der Kinderbetreuung und eine Schule. Für die Bevölkerung ist es notwendig, die Rosenheimer Straße für ihren alltäglichen Bedarf zu queren, die Querung ist Teil des Schulweges für Kinder. FahrradfaherInnen die stadteinwärts fahren, müssen – wenn sie die Orleanstraße kreuzen- in die Rosenheimer Straße einfädeln, was wegen des hohen Verkehrsaufkommens ein Sicherheitsrisiko für die FahrradfaherInnen darstellt.

Um eine gefahrlose Benutzung und Befahrung für die Bürgerinnnen und Bürger entlang und über die Rosenheimer Straße zu gewährleisten, müssen Maßnahmen der Verkehrsberuhigung durchgeführt werden.

Fraktion Die Grünen – rosa liste

Lydia Dietrich Paul Bickelbacher Sabine Nallinger

Stadträtin Stadträtin Stadträtin

Mitglieder im Stadtrat



Politik, die aufgeht. ödp.

ödp. Tobias Ruff, Marienplatz 8, Zi. 174, 80331 München

Herrn Oberbürgermeister Christian Ude Rathaus, Marienplatz 8

80331 München

24. Januar 2011

Dringlichkeitsantrag:

Keine Beteiligung der Stadt an der Siemens "Snow City"

Der Stadtrat spricht sich gegen eine Beteiligung des Oberbürgermeisters und anderer hochrangiger Vertreter der Stadt an Veranstaltungen im Rahmen der Siemens "Snow City" aus.

Begründung:

Die für die Zeit der Skiweltmeisterschaften geplante "Snow City" auf dem Wittelsbacherplatz ist eine Ereignis mit großer Außenwirkung. Sollten Vertreter der Stadt daran beteiligt werden, so ist eine Befassung des Stadtrates erforderlich.

Im wesentlichen handelt es sich bei der "Snow City" um eine groß angelegte PR-Kampagne des Siemens Konzerns. Der Oberbürgermeister sollte sich nicht für die kommerziellen Interessen einer einzelnen Firma vereinnehmen lassen. Umso mehr gilt dies für eine Veranstaltung, die sich nicht mit den Nachhaltigkeitszielen der Stadt vereinbaren lässt.

Das geplante Bauwerk sowie die Produktion des Schnees stellen eine gigantische Ressourcen- und Energieverschwendung dar. Die Verwendung von Ökostrom macht die Veranstaltung keineswegs Klimaneutral. Tatsache ist, das Ökostrom ein knappes Gut ist, dessen Produktion auch die Stadtwerke nicht auf Verlangen steigern können. Für die "Snow City" bedeutet dies, dass andere Kunden mit konventionellem Strom versorgt werden müssen.

Zahlreiche Stellungnahmen von Bezirksausschuss, Anliegern, Parteien und Verbänden zeigen, dass der Wittelsbacher Platz für solche "Events" ungeeignet ist.

Eine künstliche Skipiste in der Innenstadt wird von Wintersportlern ähnlich belächelt werden, wie eine Skihalle in Botrop oder Dubai. Damit ist die Veranstaltung bestimmt keine Werbung für die Stadt München und deren Bewerbung um die Olympischen Winterspiele. Oder mussten in den bisherigen Austragungsorten von Olympischen Winterspielen künstliche Skipisten gebaut werden?

Tobias Ruff Stadtrat

Ökologisch-Demokratische Partei im Münchner Rathaus
Dipl.-Forstingenieur Tobias Ruff, Stadtrat Rathaus, Marienplatz 8, Zimmer 174
D-80331 München Telefon 0 89 / 12 30 55 87
t.ruff@oedp-muenchen.de





Johann Altmann – Rathaus, Marienplatz 8 – 80331 München

An den Oberbürgermeister der Landeshauptstadt München Herrn Christian Ude Rathaus Marienplatz 8 80331 München

Johann Altmann

Telefon: +49 (0) 89 / 233 – 207 66

Mobil: +40 (0) 160 / 721 40 35

Fax: +49 (0) 89 / 233 – 207 70

E-Mail: johann.altmann@muenchen.de

Büro-Mail: buero@fw-muenchen-stadtrat.de

München, 24. Januar 2011

ANFRAGE

Entscheidungskriterien in Bezug auf §60 Abs. 9 GeschO hinsichtlich der Antragsstellung im Zuständigkeitsbereich des Stadtrates

Immer wieder werden von mir eingereichte Anträge mit Verweis auf §60 Abs. 9 GeschO als nicht in der Zuständigkeit des Stadtrates liegend von der Verwaltung "negativ" beschieden. Die dabei geübte Praxis und Auslegung des benannten Paragrafen erscheint mir reichlich willkürlich, wie sich anhand eines aktuellen Falles belegen lässt.

Am 20.07.2009 reichte ich einen Antrag ein, der Verbesserungen zur Recherche und Darstellung im öffentlichen RIS zum Inhalt hatte. Zu den Einzelaspekten dieses Antrages wurde zwar mit Schreiben des Oberbürgermeisters vom 31.10.09 (Az 122-4/501-09/10) Stellung bezogen. Der Antrag an sich aber wurde mit Verweis auf besagten Passus der GeschO als laufende Angelegenheit, deren Besorgung nach Art 37 Abs 1 GO und §22 GeschO dem Oberbürgermeister obliegt, als nicht beschlussfähig behandelt und demzufolge nicht weiter verfolgt. Als Begründung wird u. a. angeführt, dass die von mir angesprochene Thematik den sog. Angelegenheiten der laufenden Verwaltung zuzuordnen sei, weil "es sich beim Ratsinformationssystem (RIS) um eine verwaltungsseitig eingesetzte EDV-Anwendung handelt, die die Arbeit des Münchner Stadtrates und der Stadtverwaltung unterstützt".

In einer aktuellen Sitzungsvorlage (Nr. 08-14/V05861) für den Verwaltungs- und Personalausschuss vom 19.01.2011 findet sich nun ein Antrag der Stadtratsfraktion Bündnis90/Die Grünen und Rosa Liste München, der vergleichbare Aspekte hinsichtlich einer "Verbesserung des RatsInformationsSystem" zu mehr Transparenz und Bürgerfreundlichkeit fordert.

Daher frage ich den Herrn Oberbürgermeister als Chef der Verwaltung:

1. Inwieweit ist demnach mein damaliger Antrag <u>nicht</u> geschäftsordnungsgemäß behandelt worden?

••

- a) Kann demnach davon ausgegangen werden, dass mein Antrag vom 20.07.2009 zur "Verbesserung Recherche und Darstellung im RIS" zu dem oben zitierten Beschlussvorgang (Sitzungsvorlage Nr. 08-14/V 05861) ebenfalls aufgegriffen und behandelt wird?
- 2. Nach welchen allgemein gültigen Kriterien findet tatsächlich die Einordnung von Stadtratsanträgen statt?
 - a) Wo sind entsprechend objektiv nachprüfbare Maßstäbe dazu niedergelegt?
- 3. Inwieweit wird künftig die Verwaltung angewiesen, bei Anträgen von ehrenamtlichen Stadträten intensiver zu prüfen, ob deren Inhalte unter diese "Nicht-Zulässigkeitskriterien" fallen oder im Zweifel grundsätzlich einer Behandlung seitens des Stadtrates zugeführt werden müssten?

gez.

Johann Altmann ehrenamtlicher Stadtrat